

Anton Maegerle

Israel im Visier

Kritiker und Gegner von rechts und links (Dezember 2012 / Januar 2013)

Neonazis der NPD-nahen Münchner Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) demonstrierten am 8. Dezember in der bayerischen Landeshauptstadt gegen die Politik Israels. Gefordert wurde »Solidarität mit Palästina«. Die BIA ist mit einem Sitz im Stadtrat der bayerischen Landeshauptstadt vertreten. Das Mandat hat Karl Richter (Jahrgang 1962), zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender seiner Partei, inne. Die 2007 gegründete »Bürgerinitiative« versteht sich »als Ableger einer europaweit wachsenden Widerstandsbewegung gegen Überfremdung, Islamisierung und Entmündigung der einheimischen Bevölkerung durch die sogenannten ›Demokraten««. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Niedersachsen wurde 2007 konstatiert, Karl Richter bediene sich »antisemitischer Stereotype«. So stellte Richter in einem Zeitschriftenartikel mit dem Titel »Eine Symbiose, die es niemals gab: ›Christlich-jüdisches‹ Erbe« die in der Bundesrepublik lebenden Juden mit den Worten »ungeliebt, geduldet, fremd, in Gestalt von Zinsleihern und Händlern« als Fremdkörper dar und schlussfolgerte: »Der Kreis schließt sich: Die ›christlich-jüdische‹ Symbiose, die uns weisgemacht werden soll, hat es nie gegebene. Dagegen gibt es die Symbiose, will sagen: die Infiltration des globalen ›Weltgewissens‹ mit dem Holocaust-Dogma, die auf die weltweite Inthronisierung einer jüdischen Sonder-Identität zu Lasten jeder anderen nationalen Integrität hinausläuft.«

*

Der im Exil lebende Chef der radikal-islamistischen Hamas, Chaled Maschaal, lehnte Anfang Dezember erneut die Anerkennung Israels kategorisch ab. Palästina gehöre den Palästinensern, vom Mittelmeer bis zum Jordan, vom Norden bis zum Süden, verkündete der Chef des Hamas-Politbüros bei einer Feier aus Anlass des 25. Jahrestages der Gründung der Hamas in Gaza-Stadt. Begrüßt wurden die hetzerischen Ausführungen von der antizionistischen linken Tageszeitung »junge Welt« (jW). Die in Berlin erscheinende jW war von 1947 bis 1990 das Zentralorgan der Freien Deutschen Jugend (FDJ). Über Maschaal hieß es lobhudelnd, er »hielt eine flammende Rede gegen die israelische Besatzung und für die Versöhnung mit der Fatah«. An anderer Stelle war im Januar in der Zeitung zu lesen: »Für die Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen war auch das Jahr 2012 von anhaltenden Demütigungen, Repressionen, Festnahmen, Hauszerstörungen, Vertreibungen und militärischen Angriffen seitens der israelischen Besatzungsmacht geprägt«.

Kein Wort wurde dagegen darüber verloren, dass seit dem Abzug Israels aus dem Gazastreifen im Sommer 2005 radikal-islamische Kämpfer von dort aus immer wieder Raketen auf den Süden Israels abfeuern. Seit 2001 sind ca. 11.000 Raketen aus Gaza nach Israel abgeschossen worden. Die Hamas kämpft dafür, so ist es in der 1988 verfassten Charta zu lesen, dass »das Banner Allahs über jeden Zentimeter von Palästina aufgepflanzt wird.« Weiter heißt es in der Hamas-Charta: »Für die Palästina-Frage gibt es keine andere Lösung als den Dschihad. Die Initiativen, Vorschläge und internationalen Konferenzen sind reine Zeitverschwendung, eine sinnlose Praxis.«

*

Das »Freie Netz Hessen«, ein Neonazi-Zusammenschluss, startete Ende 2012 eine Kampagne unter dem Titel »Israel mordet!«. Gleichgesinnte werden aufgefordert, öffentlichkeitswirksame Aktionen unter diesem Motto zu organisieren. Ziel ist es, dass Aktionen »in so vielen Teilen von Hessen wie möglich durchgeführt werden.« Für aktionsunerfahrene Kameraden bietet das »Freie Netz Hessen« Plakate mit der Aufschrift »Israel mordet und du schaust weg« sowie dem Zusatz »Solidarität mit den letzten Freiheitskämpfern in Palästina« an. Im Rahmen dieser Kampagne haben die »Nationalen Sozialisten Ried« im Dezember Anti-Israel-Banner an Brücken und Unterführungen in den Städten Lampertheim, Bürstadt, Biblis und Groß-Gerau aufgehängt. Großzügig übergangen werden dabei die verbrecherischen Taten der angeblichen »Freiheitskämpfer« wie der grausame Mord an der israelischen Familie Fogel im März 2011: Am Shabbat wurden das Ehepaar Ruth und Udi Fogel und danach ihre drei Kinder Yoav (11), Elad (4) und Hadas (3 Monate) von palästinensischen Terroristen erstochen. Fakt ist auch, dass die Hamas immer wieder eigene Landsleute wegen angeblicher Kollaboration mit Israel – ohne Gerichtsverhandlung – hinrichtet. Wie wäre es mit einer neuen Aktion der hessischen Neonazis unter dem Motto »Hamas tötet Palästinenser«?

*

Die Anerkennung von Palästina als Staat durch die Mehrheit der UN-Vollversammlung kommentierte die Regionalgliederung Rhein-Erft der neuen Partei »Die Rechte« mit den Worten: »Die Israel-Politik Deutschlands führt in eine Sackgasse, da man niemals erwarten kann, dass sich die Lage dort beruhigt, solange Israel Teile Palästinas annektiert hat und die anderen besetzt. Die Palästinenser werden seit Jahrzehnten in riesigen Freiluft-Gefängnissen gehalten, die israelische Regierung wird ihren Kurs nicht von selbst ändern, sondern nur durch außenpolitischen Druck. Daher muss sich die Außenpolitik Deutschlands gegenüber Israel radikal ändern.« Gründer und Bundesvorsitzender von »Die Rechte« ist der langjährige Neonazi-Kader Christian Worch. Er will seine Partei als Alternative etablieren, weil er es dem NPD-Parteivorsitzenden Holger Apfel nicht

zutraut, das rechtsextreme Wählerpotential zu mobilisieren. Worch war am 6. September 2008 einer der Redner einer Neonazi-Demonstration in Dortmund. Aufmarschiert wurde unter dem Motto »Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege«. Vor Ort wurden Parolen wie »Juden raus aus Palästina« und »Nie wieder Israel« skandiert.

*

Die Anerkennung von Palästina als Staat kommentierte der mitgliederstärkste Neonazi-Zusammenschluss in Bayern, das »Freie Netz Süd«, mit den Worten: »Kurz nachdem die Palästinenser von der Uno mit dem Beobachterstatus diplomatisch aufgewertet wurden, ließ die Regierung des zionistischen Okkupationsstaates als erste Reaktion verlauten, neue 3000 weitere Wohnungen in Ostjerusalem und im Westjordanland zu bauen. Der Raubstaat setzt mit diesen Entscheidungen weiter seine entmenschte Eskalationspolitik fort. Er offenbart aber damit auch gleichzeitig, daß ihm wenig am Frieden in der Region gelegen ist.« Das »Freie Netz Süd« huldigt einer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus und stellt neben der NPD die wichtigste Neonazi-Struktur in Bayern dar. Seine Anhänger lehnen die Innen- und Außenpolitik Israels strikt ab und nutzen in ihren Kommentaren aktueller politischer Geschehnisse eine besondere ideologische Verzerrung und pauschalierende Diffamierung des jüdischen Staates. Neonazis positionieren sich in Stellungnahmen zum Nahostkonflikt ausschließlich in Richtung der palästinensischen Seite. Primär geht es ihnen um die pauschale Verdammung des Staates Israel. Diese Diskurse gehen mit traditionellen antisemitischen Auffassungen einher.

*

Zustimmung zur UN-Entscheidung zeigte auch die »National-Zeitung« (NZ) von Gerhard Frey, vormals Bundesvorsitzender der zwischenzeitlich in der NPD aufgegangenen Deutschen Volksunion (DVU). Mohammed Omer, Palästina-Berichterstatter der NV, begrüßte die Anerkennung Palästinas als Beobachterstaat durch die Uno, beklagte jedoch gleichzeitig die »Präsenz der israelischen Besatzung«. Enttäuscht zeigt sich der 28-jährige Politikwissenschaftler von »Merkels Politik«. Omers Auffassung nach nimmt »die deutsche Politik nicht zur Kenntnis (...), wer der Unterdrücker und wer der Unterdrückte ist.« Omer weiter: »Ich verstehe das deutsche Schuldgefühl, aber die bedingungslose Unterstützung einer solchen Politik ist genau die falsche Konsequenz.« Kommentar der NZ: »Wir versichern Ihnen, dass gerade in diesem Punkt eine große Kluft zwischen dem deutschen Volk und der Regierung besteht.« Der in der »National-Zeitung« postulierte »Schuldskult« wird somit eng mit der nationalsozialistischen Geschichte verbunden. Das Motiv der Bedrohung »deutscher Interessen« durch eine »Fremdbestimmung« zieht sich wie ein brauner Faden durch das Blatt. Wiederholt finden sich Artikel und Schlagzeilen mit subtil antisemitisch

gefärbten Botschaften. Darin wird unterstellt, dass das deutsche Volk durch die Juden auf die NS-Vergangenheit festgelegt wird.

*

Anti-israelische Hetze verbreitet der US-amerikanische Antisemit und Rassist David Duke in seinem regelmäßig weltweit verschickten elektronischen Rundbrief. Dieser trug im Dezember den Titel »Deir Yassin, the Gulag, Porn, and the Violence and Depravity of Hollywood« (»Deir Yassing, der Gulag, Porno und die Gewalt und Verderbtheit von Hollywood«). Duke führt aus: »Die historischen Fakten sind unbestreitbar. Jüdische Zio-Extremisten sind in Palästina eingefallen. Mithilfe von Terrorismus, Mord und Folter haben sie die gesamte Region von ihren Bewohner gestohlen. (...) Das war relativ gesehen ein sehr viel schlimmerer mörderischerer Akt gegen Palästina als 9/11 es für Amerika war. (...) Sie haben nicht nur Gewalt und Völkermord für mehr als 2000 Jahre befördert, sie haben beides mehrfach verübt.« (»The historical fact is indisputable. Jewish Zio extremists invaded Palestine. Through terrorism, murder and torture they stole the whole region from its inhabitants. (...) That was a far more murderous act proportionately against Palestine than 911 was for America. (...) They have not only promoted violence and genocide for over two thousand years, they have practice it repeatedly.«)

Duke war einst »Großer Drachen«, also Anführer des rassistischen Ku Klux Klan (KKK) im US-Bundesstaat Louisiana. Der rassistische Geheimbund war bekanntermaßen im vorigen Jahrhundert im Süden der USA für zahllose Gräueltaten und Morde an Schwarzen verantwortlich. Duke unterstellt dem israelischen Geheimdienst Mossad eine Beteiligung an den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Seiner Auffassung nach sind die »Zionisten« die wahren Drahtzieher der Anschläge. Im Dezember 2006 nahm Duke an einem Treffen von Holocaust-Leugnern in der iranischen Hauptstadt Teheran teil.

*

Die NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern forderte in einem Antrag die Schweriner Landesregierung auf, »alle ihr gegebenen Möglichkeiten zu nutzen, um eine klare Kennzeichnung palästinensischer Waren, israelischer Waren und Waren aus den israelischen Siedlungsgebieten (...) verpflichtend einzuführen.« Darüber berichtete das NPD-Parteiblatt »Deutsche Stimme«: »Die Block-Parteien im Schweriner Landtag witterten eine neuerliche antijüdische Verschwörung und lehnten den Antrag ab. Ohnehin wird es in deutschen Landen auch künftig eines Drucks ›von unten‹ bedürfen, damit ›oben‹ aufgewacht wird. Die Kennzeichnung von Waren im ebengenannten Sinne gehört fraglos dazu.« Dass Neonazis von einem Boykott von Produkten und Waren aus dem einzigen jüdischen Staat träumen, ruft Erinnerungen an die NS-Zeit wach. Am 1. April 1933

hieß es: »Deutsche wehrt Euch. Kauft nicht beim Juden!« Mit dieser Aktion wurde die industriell betriebene Massenvernichtung von Juden eingeleitet.

*

Das Simon Wiesenthal Zentrum in Los Angeles hat Jakob Augstein, den Journalisten und Verleger der Wochenzeitung »Der Freitag« in seiner jährlichen Liste der schlimmsten Antisemiten an die neunte Stelle gesetzt. Auf der Rangliste stehen neben Augstein unter anderem die ägyptischen Muslimbrüder, die iranische Regierung und die ungarische Partei Jobbik. Augstein ist der dritte Deutsche auf der Top Ten der schlimmsten Antisemiten in aller Welt. Seine Vorgänger sind der Duisburger Lokalpolitiker der Linken, Hermann Dierkes (2011), und der sozialdemokratische Bestsellerautor Thilo Sarrazin (2010). In einem Interview mit der Tageszeitung »Die Welt« kommentierte der Göttinger Sozialforscher und Antisemitismusexperte Samuel Salzborn, dass Augstein israelische Politik »mit doppelten Standards« misst und den israelischen Staat »mit dem Ziel dämonisiert, die israelische Politik zu delegitimieren.« Diese »Messung mit doppelten Standards, die Dämonisierung und die Delegitimierung sind die drei wesentlichen Indikatoren dafür, dass es sich nicht um Kritik, sondern um Antisemitismus handelt – in seiner antizionistischen Variante«, so der Forscher. Diese »antizionistische Variante« sei »allerdings durch die Identifizierung des Israelis als ›die Juden‹ noch erheblich erweitert.« Eindringlich wies Salzborn darauf hin, dass sich Antisemitismus »nicht nur bei Terroristen wie der Hamas oder vom Vernichtungswahn getriebenen Politikern wie Ahmadinedschad« finde, sondern »eine spezifische Haltung zur Welt, die sich genauso in Taten wie in Worten ausdrückt«, sei.

*

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat den Berliner Rapper Bushido (34), dessen Stil sich an den US-amerikanischen Gangsta-Rap anlehnt, wegen einer stilisierten Nahost-Karte auf dessen Twitter-Profil kritisiert. Die Karte mit dem Schriftzug »Free Palestine« zeigte das gesamte Heilige Land – die Palästinenser-Gebiete und Israel – in den palästinensischen Farben. »Dieses Kartenbild dient nicht dem Frieden, sondern sät Hass«, sagte Friedrich. Bushido, der eigentlich Anis Ferchichi heißt, hatte 2011 einen Bambi für gelungene Integration erhalten. Der Sohn einer Deutschen und eines Tunesiers hat auf Twitter mehr als 280.000 Follower.

*

Anlässlich der Neuwahlen in Israel sei es das »Ziel die Palästinenser zu Vergeltungsaktionen zu provozieren«, orakelte die nationalrevolutionäre Gruppierung »Sache des Volkes« (SdV) und fuhr fort: »Das Gejammere über die ›neue Stufe‹ der ›Bedrohung Israels‹ durch Raketen der Hamas, die

nun auch Tel Aviv und Jerusalem erreichen könnten, ist mehr als lächerlich.« Israel wolle »durch einen neuen Krieg in Gaza die USA und Obama auf Kurs bringen. Schließlich bremst Obama etwas, was einen Militärschlag gegen den Iran betrifft. (...) Eine erfolgreiche Gazaoperation wäre eine prima Gelegenheit Obama davon zu überzeugen, daß ein Waffengang gegen den Iran ebenfalls erfolgsversprechend sein kann«, so die parteipolitisch unabhängige Strömung, die dem neonazistischen »Freien Netz Süd« nahesteht. »Das verbrecherische Vorgehen der Zionisten und ihr anmassender Anspruch im Namen aller Juden weltweit zu agieren, schürt erst echten Antisemitismus«, meinte die »Sache des Volkes«. »Schürt erst echten Antisemitismus« – diese Unterstellung erinnert an die Antisemitismus-Debatte aus dem Jahr 2002 zwischen dem FDP-Politiker Jürgen Möllemann und Michel Friedman, damals Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. FDP-Parteivize Möllemann hatte behauptet, Friedmans Äußerungen provozierten Antisemitismus: Wer wie Friedman »als angeblicher Sachwalter des Zentralrats der Juden Kritiker der Politik Israels niedermacht, (...) der schürt Unmut gegen die Zielgruppe, die er zu vertreten vorgibt.« Es ist ein jahrhundertealtes antisemitisches Klischee, dass Juden durch ihre bloße Existenz oder Äußerungen selbst für den Antisemitismus verantwortlich sind. Als Chefideologe der »Sache des Volkes« gilt Jürgen Schwab, vormals Leiter des Arbeitskreises »Volk und Staat« beim NPD-Parteivorstand.

*

Die »junge Welt« (jW) veröffentlichte Ende Januar eine überaus wohlmeinende Rezension des Buches »Wer rettet Israel – Ein Staat am Scheideweg« des Journalisten Arn Strohmeyer. Strohmeyer, ehemals Leiter des Politikressorts der Lokalzeitung »Bremer Nachrichten«, beschäftigt sich nach seiner Pensionierung schwerpunktmäßig mit dem Nahen Osten. Erstveröffentlicht wurde die Besprechung im Frühjahr 2011 auf der Internetseite des Landesverbandes Bremen der Partei Die Linke. In der Rezension, die eine Gleichsetzung von Israel und NS-Deutschland beschwört, heißt es: »Da die kolonialistische und nationalistische Landnahme den Protest der palästinensischen Bewohner herausforderte, diente und dient deren Widerstand (den Israelis) zusätzlich – neben den Mythen – zur Rechtfertigung von Diskriminierung, Unrecht, Vertreibung, Überfällen, Massakern, Gefangennahmen, Folter und Kriegen aller Art.« Der Rezensent Rudolph Bauer, ehemaliger Bremer Professor für Sozialpädagogik, urteilte, Strohmeyer könne Israel in »wohlbegründeter Weise« sowohl Apartheid, Rassismus als auch »ethnische Säuberung« vorwerfen. Fakt ist, dass der Kampfbegriff »Apartheid« von palästinensischen Lobby-Gruppen seit Jahren bewusst in die Medien getragen wird, um Israel mit dem Südafrika der Rassentrennung gleichzusetzen und sich selbst als hilflose Opfer einer übermächtigen Despotie zu stilisieren. Ziel der Israelis, die laut Bauer keinen Frieden wollen, sei es »schlechthin«, den »Widerstand der in Gaza und den besetzten Gebieten noch vorhandenen palästinensischen Bewohner zu brechen bzw. sie weitestgehend durch jüdische zu ersetzen.« Dies soll »mit den Mitteln und Folgen von Diskriminierung, bürokratischer Schi-

kane, Mißhandlung, Erschwerung der Lebensbedingungen, wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen, territorialer Verdrängung, Einsperrung, Vertreibung und Tötungen aller Art« erreicht werden. Tatsächlich sind laut Angaben des Palästinensischen Büros für Statistik (PCBS) über 14 Prozent der Palästinenser bei einem israelischen Unternehmen angestellt. Sie verdienen dabei doppelt so viel wie sie bei einem palästinensischen Arbeitgeber verdienen würden. Mehr als 25.000 Palästinenser arbeiten in israelischen Siedlungen, und bis zu 100.000 Palästinenser sind von diesen Arbeitsplätzen sowie den verdienten Löhnen abhängig.

Den absoluten Tiefpunkt erreicht Bauers antisemitische Rezension mit der rhetorischen Frage: »Werden die Wannsee-Beschlüsse erst jetzt vollständig grausame Wirklichkeit, indem sich das Handeln deutscher Politik ›der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet‹ – einer Sicherheit wohlgemerkt, die allein auf Gewalt, Töten und Waffen beruht und somit ohne menschlich lebbar Perspektive ist?« Auf der Wannseekonferenz im Januar 1942 kamen Vertreter der NS-Reichsregierung und SS-Behörden zusammen, um den begonnenen Holocaust im Detail zu organisieren und die Kooperation der beteiligten Instanzen zu koordinieren. Strohmeier wird von Bauer gelobt, da er sich nicht »scheut«, Fragen anzuschneiden, »die fundamental an deutsche Tabus rühren. (...) Das ist verdienstvoll und verdient Achtung.« Der Rezensent weiter: »Seine Analyse ist aber auch streitbar und beherzt, weil damit das Licht auf ein anderes Herrenmenschentum geworfen wird, welches ohne arische Vorzeichen gleichfalls die Menschen- und Lebensrechte anderer negiert. Der militante Judaismus der zionistischen Bewegung trägt jedenfalls Herrenmenschenzüge, die – ohne sie denen der Nationalsozialisten gleichsetzen zu wollen – ebenfalls menschenverachtend und gefährlich sind.« Hinter diesen Zeilen stecke »eindeutig ein antisemitisches Ressentiment«, so Antisemitismusforscher Samuel Salzborn. »Verschiedene Studien haben ergeben, dass Antisemitismus in allen Schichten und politischen Lagern vertreten ist. Einige Linke sind besonders anfällig, weil sie glauben, dass ihre politische Einstellung sie immun dagegen mache.«

Abrufbar ist Bauers Rezension des Strohmeier-Buchs aktuell auf den Seiten palaestina-portal.eu und kommunisten-online.de. Der pensionierte Professor Bauer ist Unterzeichner einer sogenannten »Erklärung« mit dem Titel »Friedens- statt Kriegspolitik im Irankonflikt«. Darin wird unter anderem gefordert, »Sanktionen und Kriegsdrohungen« gegen den Iran »sofort zu beenden«.